

Einsatz für Schulsozialarbeiter

Bundestagskandidaten halten deren Arbeit für sinnvoll, doch Bezahlung unklar. „Stadtgespräch“: SPD verlangt vom Bund Geld – die CDU sieht NRW in der Pflicht

Von Andrea Micke
und Stephanie Weltmann

26 bisher vom Bund bezahlte Schulsozialarbeiter, die sich seit 2011 um benachteiligte Oberhausener Kinder kümmern, droht Ende des Jahres die Entlassung – und damit der Wegfall ihrer anerkannten Arbeit. In einem Kompromiss zwischen Ländern und Bund war vor drei Jahren im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets festgelegt worden, dass Berlin diese Schulsozialarbeit für arme Familien nur bis Ende 2013 bezahlt.

„Wir ärgern uns sehr“

Wie sehr das Thema an den Schulen bewegt, merkte man während der Podiumsdiskussion „Stadtgespräch“ von WAZ, VHS und Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ mit allen sechs Oberhausener Bundestags-Direktkandidaten an dem emotionalen Beitrag von Zuhörerinnen Marianne Schäfer-Obendiek.

Die Lehrerin des Käthe-Kollwitz-Berufskollegs kritisierte das Hin und Her in der Schulpolitik: „Seit zwei Jahren verrichten Schulsozialarbeiter bei uns einen tollen Job. Wir ärgern uns sehr, dass die wichtige Arbeit jetzt einfach wegbrechen soll. Das wäre dann Geldverschwendung gewesen. Wir haben doch immer noch genauso viel arme Kinder wie vorher.“

SPD-Bundestagskandidat Dirk Vöpel forderte den Bund auf, das „erfolgreiche Projekt fortzusetzen“. Man könne nicht einfach be-



Die sechs Oberhausener Bundestagskandidaten bei der Diskussion „Stadtgespräch“: v.l. Niema Movassat (Linke), Bärbel Höhn (Grüne), Andreas Ronig (Pirat), Dorothea Dresenkamp (FDP), Marie-Luise Dött (CDU), Dirk Vöpel (SPD). FOTO: ULLA EMIG

„Jeder kannte die Befristung. Darauf hätte man sich einstellen müssen“

Marie-Luise Dött, CDU-Abgeordnete

nachteiligte Familien mit ihren Kindern im Stich lassen. SPD und Grüne hätten in den Verhandlungen mit dem Bund damals dafür gesorgt, dass diese strukturelle soziale Verbesserung an Schulen vom Bund finanziert wird. „Das muss Schwarz-Gelb jetzt verlängern.“

Dagegen verwahrte sich die CDU-Bundestagsabgeordnete Ma-

Zuschüsse für Freizeitangebote und Mittagessen

■ **Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket** erhalten Kinder aus armen Familien Zuschüsse für Klassenausflüge, Ferienfreizeiten, Sport- und Musikangebote, Nachhilfe oder Mittagessen.

■ **Die Schulsozialarbeiter** kümmern sich um Teilhabe bildungsferner Kinder, um Eltern aus Zuwandererfamilien, um Ferienangebote sowie die Beantragung von Zuschüssen für Familien.

rie-Luise Dött. Sie warf den Ländern und Städten vor, nichts für die weitere Bezahlung der Sozialarbeiter getan zu haben, obwohl sie für diese Aufgabe zuständig seien. „Jeder kannte die Befristung. Darauf hätte man sich einstellen müssen. Man hat aber nur abgewartet.“

FDP-Bundestagskandidatin Dorothea Dresenkamp lobte die So-

zialarbeit an den Schulen und schlug vor, im Bund darüber noch einmal neu zu verhandeln. Derzeit soll es nach FDP-Angaben in der Bundesregierung Pläne geben, die Stellen eventuell aus den nicht ausgeschöpften Mitteln des Bildungspakets weiter zu finanzieren.

Weitere Themen des „Stadtgesprächs“ lesen Sie auf **Seite 2**.